

Inhalt

I. Aktuelles Besoldungsrecht: Lebenszeit- und Dienstaltersstufen nach hessischem Besoldungsrecht europarechtswidrig	1
1. Sachverhalt	1
2. Die Richtlinie 2000/78/EG	2
3. Entscheidung	2
4. Fazit	3
II. Neues auf Rehmnetz	3
III. Beamtenblog	3

von Markus Pferinger

Rechtsanwalt und Korrekturassistent an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft, Ansbach

I. Aktuelles Besoldungsrecht: Lebenszeit- und Dienstaltersstufen nach hessischem Besoldungsrecht europarechtswidrig

Der Artikel befasst sich mit einem Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt a. M. vom 23.08.2012, Az: 9 K 1175/11.F, 9 K 5034/11.F, 9 K 5036/11.F und 9 K 8/12.F, mit welchem die Lebenszeit- und Dienstaltersstufen nach dem hessischen Besoldungsrecht für europarechtswidrig befunden wurden. Der Entscheidung liegt das Urteil des europäischen Gerichtshof vom 08.09.2011, Az: C-297/10 und C-298/10 („Hennigs“) zu Grunde.

Im Zusammenhang mit der vorgenannten Entscheidung steht das Urteil des BAG vom 10.11.2011, Az: 6 AZR 481/9, auf welches jedoch vorliegend nicht näher eingegangen wird.

Das Verwaltungsgericht Frankfurt a. M. hat den Klagen hessischer Landesbeamter stattgegeben und das Land Hessen zur Zahlung von Bezügen der jeweiligen Endstufe verurteilt.

1. Sachverhalt

Der Kläger ist im Beamtenverhältnis Polizeioberkommissar in den Diensten des Landes Hessen. Mit seiner Klage begehrte der Kläger die gerichtliche Durchsetzung, dass seine Besoldung nach der höchsten Besoldungsstufe seiner derzeitigen Besoldungsgruppe A10 erfolgt. Hintergrund ist, dass je nach Lebensalter eines Beamten die Besoldung in weitere Stufen stattfindet, sodass bei gleicher Besoldungsgruppe, eine erhebli-



Produktipp

Schwegmann, Summer, Sander, u.a.

Besoldungsrecht des Bundes und der Länder Kommentar



8.182 Seiten
Loseblattwerk in 6 Ordnern
Stand 164. Aktualisierung Nov 2012
wird ca. 7 mal im Jahr aktualisiert

ISBN 978-3-8073-0166-2
Eur (D) 279,95
zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Für schnelle und detaillierte Antworten auf alle Fragen zum Besoldungsrecht

Das Besoldungsrecht regelt die Bezüge aller Beamten. Dieser unschlagbar detaillierte Praktiker-Kommentar erläutert alle Besoldungsgesetze von Bund und Ländern, sowie ausgewählte wichtige Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften. Im Zuge der Föderalismusreform werden auch alle landesrechtlichen Regelungen zur Besoldung aktuell und umfassend dargestellt.

Für Ihre tägliche Praxis besonders nützlich: Rechtsbereiche die mit dem Besoldungsrecht verknüpft sind oder übergreifen sind ebenfalls aufgeführt.

Schwerpunkt für 2012 wird die Fertigstellung der Kommentierung des BayBesG und der weitere Aufbau der Erläuterungen zu den Landesbesoldungsgesetzen sein.

Ihr Vorteil: Unsere Experten, die in den Ministerien selbst an der Ausarbeitung der besoldungsrechtlichen Vorschriften mitwirken.

che Differenz in der Besoldung vorliegen kann. Der Kläger trägt im Wesentlichen vor, dass mit der Besoldung durch Lebenszeit- und Dienstaltersstufen eine europarechtswidrige Altersdiskriminierung vorläge, welche auch nicht gerechtfertigt werden könne. Alleiniges Kriterium sei das Lebensalter des Beamten. Ein sachlicher Grund, welcher die Diskriminierung rechtfertigen könne, liege nicht vor. Dem entgegnete das Land Hessen mit der Argumentation, dass es vorliegend nicht um eine Diskriminierung nach dem Alter gehe, sondern genauer betrachtet um Erfahrungsstufen. Grund für eine unterschiedlich hohe Besoldung sei nicht das Lebensalter, sondern die Erfahrung und persönlichen Fähigkeiten des jeweiligen Beamten, die mit dem Dienst- und Lebensalter wachsen.

2. Die Richtlinie 2000/78/EG

Die EG-Richtlinie 2000/78 konkretisiert das Verbot der Diskriminierung wegen Alters, das in Art. 21 der Charta der Grundrechte der europäischen Union verankert ist. Wörtlich heißt es in Art. 1 der RL 2000/78/EG:

„Zweck dieser Richtlinie ist die Schaffung eines allgemeinen Rahmens zur Bekämpfung der Diskriminierung wegen der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung in Beschäftigung und Beruf im Hinblick auf die Verwirklichung der Grundsätze der Gleichbehandlung in den Mitgliedstaaten.“

Zum Begriff der Diskriminierung heißt es in Art. 2 der RL 2000/78/EG:

(1) Im Sinne dieser Richtlinie bedeutet „Gleichbehandlungsgrundsatz“, dass es keine unmittelbare oder mittelbare Diskriminierung wegen eines der in Art. 1 genannten Gründe geben darf.

(2) Im Sinne des Abs. 1

a) liegt eine unmittelbare Diskriminierung vor, wenn eine Person wegen eines der in Art. 1 genannten Gründe in einer vergleichbaren Situation eine weniger günstige Behandlung erfährt, als eine andere Person erfährt, erfahren hat oder erfahren würde;

...



Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger, Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig. [\[Zum Blog\]](#)

Der Geltungsbereich ist in Art. 3 der Richtlinie 2000/78/EG geregelt:

„(1) Im Rahmen der auf die Gemeinschaft übertragenen Zuständigkeiten gilt diese Richtlinie für alle Personen in öffentlichen und privaten Bereichen, einschließlich öffentlicher Stellen, in Bezug auf

a) ...

b) Die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen, einschließlich der Entlassungsbedingungen und des Arbeitsentgelts;

...“

Die Richtlinie 2000/78/EG betrifft daher sowohl Vergütungs- bzw. Besoldungsfragen im privaten Arbeitsverhältnis als auch öffentlichen Dienstverhältnis. Daher hat sich auch das Bundesarbeitsgericht (mit Urteil vom 10.11.2011, Az: 6 AZR 481/09) mit einer ähnlichen Problematik auf dem Gebiet des Arbeitsrechts beschäftigen müssen. Das Bundesarbeitsgericht ist zu ähnlichen Ergebnissen wie das Verwaltungsgericht Frankfurt a. M. gekommen.

3. Entscheidung

Das Verwaltungsgericht Frankfurt a. M. hat der Klage stattgegeben. Nach Auffassung des Verwaltungsge-



Produktipp

Karlheinz Konrad

Die modulare Qualifizierung



2012
XIX, 124 Seiten, Softcover
Eur (D) 29,95
ISBN 978-3-8073-0169-3

[\[Mehr Info\]](#)

Konkrete Hilfestellungen, anschaulich dargestellt.

In der neuen Broschüre erläutert unser Autor und Experte aus dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, Ministerialrat Karlheinz Konrad, detailliert und mit konkreten Handlungsempfehlungen die wichtigen Aspekte zu den neuen Regelungen des Laufbahnrechts.

richts sind die in Rede stehenden besoldungsrechtlichen Regelungen des beklagten Landes Hessen mit dem Verbot der Altersdiskriminierung im europäischen Gemeinschaftsrecht, konkretisiert durch die Richtlinie 2000/78/EG, unvereinbar. Die Vorschriften zum hessischen Besoldungsrecht betreffend die Lebenszeit- und Dienstaltersstufen dürfen daher nicht zu Lasten der Beamten Verwendung finden. Dies liege daran, dass sich die einzelnen Besoldungsstufen ausschließlich am Lebensalter des jeweiligen Beamten orientieren. Zudem sei es unzulässig, das jeweilige konkrete Lebensalter mit einer bestimmten Erfahrungsstufe gleichzusetzen. Allein das Lebensalter für sich stelle keinen Grund dar, der die Benachteiligung ausnahmsweise rechtfertigen könne. Zwar bestehe die Möglichkeit, dass einzelne Besoldungsstufen leistungsbezogen verkürzt werden, jedoch werde in der Verwaltungspraxis von dieser Möglichkeit nur im sehr geringen Umfang Gebrauch gemacht. Dies hat zur Folge, dass alleine das Lebensalter entscheidend dafür ist, ob eine höhere Besoldungsstufe erreicht wird oder nicht. Eine Differenzierung nach sachlichen Gesichtspunkten, wie z. B. der beruflichen Erfahrung, erfolge nicht. Die Lebenszeit und Dienstaltersstufen sind daher altersdiskriminierend im Sinne der RL 2000/78/EG.

4. Fazit

Mit der Auslegung der Richtlinie 2000/78/EG dahingehend, dass besoldungsrechtliche Vorschriften, die die Höhe der Vergütung an das Lebensalter des Beamten knüpfen, altersdiskriminierend und somit europarechtswidrig sind, hat das Verwaltungsgericht Frankfurt a.M. konsequent das Urteil des europäischen Gerichtshofs vom 08.09.2011, Az: C-297/10 und C-298/10 („Hennigs“) auf das beamtenrechtliche Dienstverhältnis umgesetzt.

Ob und wenn ja, wie sich der Verwaltungsgerichtshof in Kassel mit der vorliegenden Problematik auseinandersetzen muss bzw. wird, bleibt abzuwarten.

*Markus Pferinger
Rechtsanwalt*

II. Neues auf Rehmnetz

News: [Messe Moderner Staat erfolgreich abgeschlossen](#)

News: [Kooperationsvereinbarung zwischen Bund und Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement](#)

Gesetzgebung: [Landesregierung gewährt Beamten rückwirkend einen altersunabhängigen Urlaub von 30 Tagen](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Residenzpflicht – für Asylbewerber und Beamte](#)

[Praxisgebühr für Beamte](#)

[Steinbrücks Nebeneinkünfte aus der Sicht seiner Beamten](#)



Produktipp

Personal Mentor

Für Personaler und Führungskräfte im öffentlichen Dienst. Der neue kostenlose Info-Service verbindet Themen aus den Bereichen Führung und Institutionskultur mit der Verbesserung von Arbeitsabläufen und den dazu notwendigen Instrumenten.

Alle zwei Monate, in überschaubarer und verständlicher Form ohne versteckte Kosten.



**Mehr
Informationen**